

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es geht heute um Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP). Es geht darum, unsere Infrastruktur zu optimieren und den Investitionsstau in Deutschland aufzulösen. Dieses Thema ist sehr wichtig für Deutschland. Denn hier liegt vieles im Argen.

Ich will Ihnen ein paar Zahlen nennen, für die Sie verantwortlich sind und die direkt mit Deutschlands miserabler Investitionsquote zusammenhängen:

Der Bundeshaushalt 2005 ist in einem noch schlechteren Zustand als der Haushalt 2004. Das strukturelle Defizit, das seit 2000 kontinuierlich ansteigt, erreicht im Haushalt 2005 mit rd. 60 Mrd. € einen neuen Rekord.

Ursache für dieses Defizit sind einerseits die seit Jahren rückläufigen bzw. stagnierenden Steuereinnahmen und andererseits der dramatische Anstieg der Ausgaben für den Arbeitsmarkt.

Ein weiterer Indikator für die Schieflage des Bundeshaushalts ist die Tatsache, dass 2005 erstmals die Sozial-, Versorgungs-, Zins- und Personalausgaben – insgesamt 207,6 Mrd. € - um über 20,4 Mrd. € über den erwarteten Steuereinnahmen liegen. Ein negativer Rekord, den Sie da erreicht habe: 2005 „fressen“ die Sozial- und Zinsausgaben erstmals alle Steuereinnahmen (187, 2 Mrd. €) auf.

Dass angesichts dieser Lage die Investitionsausgaben 2005 auf einen neuen historischen Tiefstand sinken, ist kaum mehr verwunderlich. Die Investitionsquote sackt auf 8,3% ab. Im Vergleich dazu lag sie 1998 noch bei 12,5%. Innerhalb von 7 Jahren also haben Sie die Investitionen des Bundes von 29 auf 22 Mrd. € abgesenkt, das bedeutet im Schnitt um 1 Mrd. € pro Jahr.

Wir haben also ein großes Problem im Investitionsbereich. Eine vernünftige Rahmensetzung, damit nicht nur überall im Ausland, sondern auch in Deutschland reibungslos, unbürokratisch und wachstumsfördernd viele ÖPP-Projekte entstehen, ist uns daher ein sehr großes Anliegen.

Doch angesichts dieser Lage fordere ich Sie auf: Überlassen Sie viele Bereiche primär dem privaten Sektor und den Regeln des

Wettbewerbs. Erst in einem zweiten Schritt ist der Bereich der ÖPP anzugehen. So sinnvoll diese auch sind, ich warne vor einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten. ÖPP ist nur Second-Best-Lösung. Vorrang sollte immer die Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben.

Ich freue mich zwar, dass wir uns fraktionsübergreifend darüber einig sind, wie dringend Deutschland gut funktionierende Öffentlich-Rechtliche Partnerschaften braucht.

Und deswegen hätte die Union auch sehr gerne dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zugestimmt. Leider war es aber mit Ihnen nicht zu machen, dass noch einige gute und uns wichtige Zusätze Eingang in Ihr Gesetz gefunden hätten. Auch sehen wir Teile Ihres Entwurfs sehr kritisch.

Wir werden uns daher enthalten – Sie werden unseren Antrag hingegen sogar ablehnen.

Folgende Punkte werden wir als Regierungspartei beim Thema ÖPP besser machen:

- Wir werden dafür sorgen, dass in einem ÖPP-Gesetz nicht nur großvolumige ÖPP-Projekte betont werden. Ebenso

wichtig ist uns, dass ein ÖPP-Gesetz mittelstandsfreundlich ausgestaltet wird. Denn der deutsche Mittelstand ist und bleibt der bedeutendste Arbeitsgeber in Deutschland.

- Zugleich würden wir uns dafür einsetzen, dass die Potentiale des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes für ÖPP besser ausgenützt würden. Es geht darum, den Anwendungsbereich dieses Gesetzes auch auf den Neu- und Ausbau, die Unterhaltung und den Betrieb von Autobahnstrecken auszuweiten. In Ihrem Gesetz ist dies bislang nur für sog. „Ingenieurbauten“ vorgesehen, also Tunnel oder Brücken. Doch wichtige Projekte wie z. B. die Küstenautobahn A 20 in Niedersachsen müssen schnell realisiert werden. Und dazu brauchen wir diese Ausweitung.

- Wir lehnen die geplante Veräußerung unbeweglichen Vermögens, auch wenn dieses unbewegliche Vermögen noch zur Aufgabenerfüllung des Bundes benötigt wird, eindeutig ab. Der Art. 4 Abs. 2 Ihres Gesetzesentwurfs eröffnet nämlich die Möglichkeit, kurzfristig Veräußerungserlöse zu erhalten und diese zur Haushaltsfinanzierung zu verwenden. Gleichzeitig würden

zukünftige Haushalte über die dann notwendigen Mietzahlungen gebunden.

Doch diese inakzeptable verdeckte Kreditaufnahme, die Sie da planen – getreu nach dem Motto, was kümmern mich meine Schulden von morgen? - tragen wir nicht mit.

Auch wenn wir uns in der Sache ja doch einig sind, verstimmt es mich immer sehr, wenn Rot-Grün in alte Ideologien verfällt und von Umverteilung angeblicher Milliarden Gewinne der Wirtschaft spricht oder sogar unsere Unternehmen mit gefräßigen Tierchen vergleicht und sie des Vaterlandsverrats schilt.

Sie vergessen dabei immer wieder, das Kapital hat die Wahl. Das heisst, es sucht sich seine Regierung aus und es geht dahin, wo es die besten Rahmenbedingungen für Investitionen findet. Wir müssen es daher schaffen, dass wir unsere Unternehmen eben nicht zum Weglaufen auffordern.

Wir müssen die Rahmenbedingungen in Deutschland verbessern. Das bedeutet Bürokratieabbau, Steuervereinfachung und einen flexibleren Arbeitsmarkt. Die von Ihnen so gern gezeißelten Firmen sollen in Deutschland investieren, hier Arbeitsplätze schaffen und bei uns zur Wertschöpfung beitragen.

